
Medienmitteilung der SVP Aargau

Nein zu höheren Kosten für Mieter, Eigentümer und Wirtschaft

Die SVP anerkennt die nötige Umsetzung von Bundesrecht im Energiebereich. Der vorliegende Entwurf für die Teilrevision des Energiegesetzes geht aber weit über das hinaus, was der Bund von den Kantonen verlangt. Der vorliegende Gesetzesentwurf von Regierungsrat und Kommission UBV wäre ein grosser Eingriff in diverse Lebensbereiche und gibt dem Regierungsrat und der Verwaltung weitgehende Befugnisse. Alles, was sinnvoll Energie einspart, wird sich auch ohne Zwang durchsetzen und braucht weder Überregulierung noch Bevormundung.

Die Mustervorschriften im Energiebereich der Konferenz Kantonalen Energiedirektoren (MuKE) sind für den Kanton Aargau nicht verpflichtend. Es darf nicht sein, dass auf diesem Wege, mit dem Gebäudecheck und mit weiteren Restriktionen bei Öl- und Gasheizungen den Privaten und der Wirtschaft unnötige Kosten und Bürokratie aufgezwungen werden. Deshalb gilt es, in der parlamentarischen Beratung die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Was sinnvoll ist, wird eh ohne Zwang umgesetzt. So dämmt heute jeder Bauherr seinen Neubau nach dem Stand der Technik. Dass jeder Neubau aber noch mit Energieerzeugungsanlagen für die Deckung des eigenen Energiebedarfs ausgerüstet oder im Gegenzug ein Ablasshandel eingegangen werden muss, ist eines liberalen Staats unwürdig. Auch befürchtet die SVP, dass die Netzstabilität nicht gewährleistet werden kann. Gewerbe und Industrie optimieren ihre Gebäude laufend. Es braucht dazu keinen Zwang.

Sollte die Vorlage nicht auf ein vernünftiges Mass an neuen Vorschriften reduziert werden, wird die SVP dagegen das Referendum ergreifen.

Staufen, 13. September 19

Weitere Auskünfte für Medienschaffende:

Grossrat Christian Glur, Glashütten, 079 630 61 89